b. Oldenburg-Januschau die ganze Gesellschaft durch Militär auseinandergefegt werde. Die Gesinnungsgenossin Liebknechts, Frau Rosa Luxemburg, forderte in einer anderen Versammlung dazu auf, die Waffe zu ergreifen gegen die jetzige Regierung Ebert—Scheidemann. Die Ziele des Spartacusbundes seien Vernichtung des Kapitalismus, Nichtigkeitserklärung sämtlicher Kriegsanleihezeichnungen, Sozialisierung der Gesellschaften, Konfiskation sämtlicher Lebensmittel zum Zwecke der Verteilung, Heranziehung der alten Regierung zur Rechenschaft über die bisher verfolgte Politik.

Von der demokratischen Partei.

Im Zirkus Busch in Berlin fand am Sonntag die erste Versammlung der neuen deutschen demokratischen Partei statt, die einen Riesenbesuch aufwies. Es sprachen der preußische Handelsminister Fischbeck, Prof. Alfred Weber, der Führer des Verbandes der Gewerkschaften Hartmann, die Führerin der Frauenbewegung Else Lüders, Helmut v. Gerlach und ein Münchener Rechtsanwalt, der den Anschluß Bayern an die demokratische Partei in Aussicht stellte.

Gegen Kurt Eisner.

In Bayern wächst die Gegnerschaft gegen den Ministerpräsidenten Kurt Eisner, der sich durch sein Auftreten gegen das Auswärtige Amt in Berlin, durch die Veröffentlichungen über die Schuld am Kriege usw. unliebsam hervorgetan hat, mit jedem Tage. Man sagt, er werde nicht mehr lange im Amte sein. Jetzt beging Eisner einen neuen Uebergriff. Der Kurier des Auswärtigen Amtes in Berlin wurde von Eisner in München auf dem Wege nach Wien festgehalten. Er führte Papiere und Geld für den deutschen Botschafter in Wien, Graf Wedel, bei sich. Eisner hatte die Unverfrorenheit, die Briefe öffnen und ebenso wie das Geld beschlagnahmen zu lassen.

Im Nationaltheater in München ist Eisner vorgestern bei einer Revolutionsfeier regelrecht ausgepfiffen worden, und dazu von einer eingeladenen Zuhörerschaft. Als Eisner zu einer Ansprache die Bühne betrat, wurde gepfiffen und Schmähreden ausgestoßen. Vom Theater zog die Menge zu der Freiheitshalle. Hier wollte ein Anhänger Eisners zum Publikum von der Freiheitstreppe sprechen. Es entstand ein Sturm der Entrüstung und der Redner mußte in die Wache flüchten, gefolgt von einer großen Menge. Die Menge zog dann vor das Ministerium des Aeußern, wo man wieder „Nieder mit Eisner!" rief. Es wurden Maschinengewehre aufgestellt und Schreckschüsse auf die Menge abgefeuert, die dann unter Absingung revolutionärer Lieder auseinander ging.

Die „Münchener Post" bringt eine scharfe Absage an Eisner, verfaßt von Professor F. W. Förster, dem Vertreter der bayerischen Revolutionsregierung in Bern.

Ein General gegen die A.- und S.-Räte.

General v. Mudra, der Oberbefehlshaber der 17. Armee, erließ einen Armeebefehl, wonach in seinem Armeebezirk die örtlichen Soldaten- und Arbeiterräte aller ihnen bisher eingeräumten oder von ihnen angemaßten militärischen Befugnisse enthoben sind. Sie haben keinerlei Befehlsgewalt über die ihm unterstellten Truppen und einzelne Mannschaften. Sie dürfen nicht irgendwelche Abordnungen für Marsch, Unterbringung, Verpflegung oder gar Entlassung geben. Wo sich ein örtlicher Soldatenrat in der Befehlsgebung der Truppen einmischt, wo er etwa Kraftwagen der Truppen für seinen Zweck, wo er Truppenverpflegung, Fahrzeuge jeder Art, Pferde usw. in Beschlag nehmen sollte, ist er hieran zu verhindern, und zwar — da die Handlungen als Plünderung anzusehen sind — nötigenfalls mit Gewalt.

800 Millionen Mark für A.- und S.-Räte.

Der Finanzbedarf der Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten vierzehn Tagen ihres Bestehens hat, wie Berliner Blätter erfahren, 800 Millionen Mark betragen.

Frontruppen im Kampfe mit A.- und S.-Räten.

Auf dem Bahnhof Wanne (Westf.) kam es zwischen der Bahnwache des A.- und S.-Rates und einem aus dem Felde heimkehrenden Garde-Bataillon zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Frontruppen hatten einen Bahnposten niedergeschlagen. Darauf entwickelte sich ein Feuergefecht, wobei auch Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Vier Frontsoldaten wurden verletzt. Die Gardisten stürmten alsdann das Amtsgebäude vor dem Bahnhof. Hierbei wurde ein neunjähriger Knabe getötet, ein Gardist und ein Bahnposten verletzt.

Keine Verhandlungen Englands mit A.- und S.-Räten.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Auf eine Anfrage ist aus Rosyth von der englischen Flottenleitung folgender Funkspruch an das Kommando der deutschen Hochseeflotte eingetroffen: „Die Marinekommission der alliierten Flotten ist nicht beauftragt, mit dem Arbeiter- und Soldatenrat oder dessen Vertretern zu verhandeln."

Aufhebung von Ausnahmegesetzen.

Wie die „Voss. Ztg." hört, steht die Aufhebung aller gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze unmittelbar bevor.

Ein neuer Protest des Reichstagspräsidenten.

Reichstagspräsident Fehrenbach hat an die Reichsleitung folgenden Protest gerichtet: An die Reichsleitung-Berlin. Laut telegraphischer Mitteilung haben Sie das Reichstagsbüro angewiesen, vom 1. Dezember 1918 an die Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszuzahlen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten, sowie die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten zu veranlassen. Diese Anordnungen sind gesetzwidrig. Freie Eisenbahnfahrt ist durch das Gesetz vom 22. Juni 1918 auf die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert, gewährleistet, und die Auszahlung der Dezemberdiätenrate darf nicht abhängig gemacht werden von der Fiktion der Reichstagsauflösung. Der Reichstag ist nicht aufgelöst und ich protestiere namens des Reichstages gegen diese Gesetzwidrigkeiten. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbüro mit Umgehung des Präsidenten Weisungen zugehen zu lassen. Ich habe dem Büro verboten, der jetzigen Verfügung nachzukommen. Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Lloyd George über die Friedensbedingungen

Deutschlands „Verbrechen".

Was Deutschland zahlen soll.

In einer Rede in New Castle sagte der englische Ministerpräsident Lloyd George u. a.:

Es ist Grundsatz gewesen, daß der Verlierende bezahlt und nach diesem Grundsatz sollten wir gegenüber Deutschland vorgehen, daß es die Kriegskosten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen muß. Deutschland darf die Entschädigung nicht auf die Weise zahlen, daß es England mit billigen Waren überschwemmt. Ueber die Schuld der Urheberschaft des Krieges meinen wir, daß die Untersuchung gerecht und ohne Konzessionen sein und zu einer endgültigen Abrechnung führen muß. Was die Unterseepiraterie angeht, so müssen die Piraten bestraft werden. Wer etwas zerstört, muß dafür verantwortlich gemacht werden. Zwei unzweifelhafte Vergehen sind gegen das Völkerrecht begangen worden. Das eine war das Vergehen gegen die Menschlichkeit, diesen großen Krieg zu planen das andere der Bruch des Völkerrechts. Wir müssen dahin wirken, daß die Lehren dieses schrecklichen Krieges nicht vergessen werden. Wir müssen dahin wirken, daß durch unser jetziges Vorgehen, durch ein gerechtes, furchtloses und mitleidloses Vorgehen solche Verbrechen nie wieder in der Geschichte der Welt wiederholt werden.

(Hier sei uns die Frage gestattet: Wie steht es mit den englischen Verbrechen gegen das Völkerrecht, so vor allem mit der Hungerblockade, von den vielen anderen Verletzungen des Völkerrechts, die England und seine Bundesgenossen während des Krieges sich zu Schulden kommen ließen, ganz zu geschweigen? Sollen die Schuldigen dafür gar nicht zur Verantwortung gezogen werden? Die Red.)

Lloyd George fuhr dann fort: Alle Alliierten erwägen die Frage der Entschädigungen. Wir haben eine große Kommission, in welcher jede Meinungsschattierung vertreten ist, um Deutschlands Leistungsfähigkeit zu untersuchen. An der Gerechtigkeit der Forderung ist kein Zweifel. (!) Frankreich untersucht diese Frage gleichfalls im Lichte der außerordentlichen Schäden, die seinen Städten zugefügt sind, abgesehen von den Kosten der Führung des Krieges. Die Frage der Verantwortung für den Einfall in Belgien wurde einigen der größten Juristen des Landes übertragen. Sie kamen schließlich zu der Ueberzeugung, daß der Kaiser sich eines Kriminalverbrechens schuldig gemacht hat, für das er zur Verantwortung gezogen werden sollte.

Kleine politische Meldungen.

Die Hoffnung auf Friedensschluß sinkt in Amerika. Der Pariser Herald meldet aus Newyork: Die Wetten für einen Friedensschluß zeigen fallende Tendenz.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Prag. Holl. Nieuws Bureau meldet aus Prag: Gestern kam es zu deutschfeindlichen Ausschreitungen. Die Menge griff Offiziere und deutschsprechende Zivilisten an. Später wurde die Ruhe von Truppen wiederhergestellt.

Ungarn will — zu England. In der großen Sorge um den Bestand des ungarischen Staates in seinen alten Grenzen planen die Ungarn, ihr Land zu einem englischen Dominium zu erklären. König oder Generalgouverneur von Ungarn soll der Herzog von Connaught werden.

England beabsichtigt alle Deutschen auszuweisen. Einer der englischen Kronjuristen namens Smith teilte in einer Wahlrede in Dover mit, daß die Regierung beabsichtige, alle noch im Lande befindlichen Deutschen auszuweisen.

Auch eine Sühne. Die Mörder des deutschen Gesandten Grafen Mirbach in Moskau Blumin und Abrozeff wurden zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das neue Großserbien. Nieuws Bureau meldet aus Paris, daß Kronprinz Alexander von Serbien zur Bildung einer großserbischen Regierung schreiten werde. Diese Regierung werde aus den Vertretern aller ehemaligen südslawischen Gebietsteile Oesterreich-Ungarns bestehen. Sie sollen die Wahl für die in Serajewo, der zukünftigen Hauptstadt Großserbiens, zusammentretende Konstituante regeln. Großserbien würde dann etwa die Größe Preußens mit 12 Millionen Einwohnern haben.

Die Besetzung der Rheinlande. Das Pressebureau des französischen Kriegsministeriums hat folgende Mitteilung veröffentlicht: Die Besetzung der Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer ist endgültig wie folgt geregelt: Die Belgier werden die Gegend von Düsseldorf besetzen von der holländischen Grenze bis zur englischen Zone; diese umfaßt die Gegend von Köln mit dem Hinterland zwischen der deutschen Grenze und dem Rhein. Die Amerikaner schließen sich südlich an die Engländer an; sie besetzen Koblenz und das Hinterland bis zur luxemburgischen Grenze. Rechts von ihnen besetzen die Franzosen Mainz, das Großherzogtum Luxemburg und die Pfalz.

Von Stadt und Land.

Aue, 3. Dezember.

Die Verordnung über die Amnestie vom 30. November 1918 für alle Personen innerhalb der sächsischen Zuständigkeit, die während des Krieges — wenn auch nur zeitweise — zum aktiven Heere gehört oder sich in einem Dienst- oder Vertragsverhältnisse beim kriegführenden Heere befunden haben, wird in 6 Artikeln in der Sächs. Staatsztg. veröffentlicht. Ihre wesentlichsten Bestimmungen haben wir bereits mitgeteilt.

Die Verlustliste der Kgl. Sächs. Armee Nr. 563 ist erschienen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

g. **Reiche Spenden.** Wie wir hören, konnte Frau Stadtrat Schubert aus den Ueberschüssen der Veranstaltungen der von ihr geleiteten Ortsgruppe Aue des Flottenbundes Deutscher Frauen Hrn. Pfarrer Leßmüller für die Zwecke des Kinderheims 400 Mark und den Marinelazaretten einen ebenso hohen Betrag überweisen.

Streut Asche! Im Namen vieler Kriegsbeschädigter erhalten wir folgende Zuschrift: „Infolge von Schnee und Glatteis ist das Passieren der Fußwege sehr gefährlich, besonders für Kriegsverletzte (Beinbeschädigte). Es ergeht daher die dringende Bitte an alle Einwohner in Aue, die Fußwege genügend zu reinigen event. mit Asche zu bestreuen.

Ein Festabend für die heimgekehrten Krieger soll am Donnerstag den 5. Dezember abends ½8 Uhr im „Bürgergarten" stattfinden. Die Frauen von Aue lassen dazu die Einladungen ergehen.

h **Verbandsvorstandssitzung der Ortskrankenkassen.** Der Verband der Ortskrankenkassen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg (Sitz Aue) war am verflossenen Sonntag im Viktoria-Hotel zu der ersten Sitzung seines Gesamtvorstandes zusammengetreten. Die Vorstandsmitglieder waren fast sämtlich anwesend. Der Vorsitzende der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Aue und Umgegend in Aue, Herr Alfred Fritzsche, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er ungefähr das Folgende ausführte: Trotzdem die konstituierende Versammlung schon am 17. März ds. Js. tagte, war es erst jetzt möglich, zu einer ordnungsgemäßen Sitzung des Gesamtvorstandes einzuladen. Der Verband erhalte heute gewissermaßen seine Weihe. Die Mitglieder der seinerzeit gewählten Achtzehnerkommission waren allerdings inzwischen schon häufiger zusammengetreten. Herr Fritzsche wandte sich deshalb insbesondere an Jene, die an der konstituierenden Versammlung nicht teilgenommen hatten und gab ihnen einen Ueberblick über die Ursachen, die die Verbandsgründung veranlaßten. Die Reichsversicherungsordnung habe nicht die gewünschte, und wie sich gerade jetzt so deutlich zeigt, so notwendige Zentralisation gebracht, die Zusammenfassung der Kräfte in der Krankenversicherung. Die Beendigung des Kriegszustandes bringt nun den Krankenkassen die ehrenvolle, wenn auch schwierige Verpflichtung, alles zu tun, um die furchtbaren Kriegsschäden in bezug auf die Volksgesundheit, herab zu mindern. Auch in der Krankenversicherung müsse die Zersplitterung der Kräfte ein Ende haben. Der einzig gangbare Weg des Zusammenschlusses aller Kassen in einem Verbande war der nach § 406 der Reichsversicherungsordnung, wonach die Verträge mit Aerzten, Apothekern, Krankenhäusern und sonstigen Lieferanten von dem Verband für die ihm angeschlossenen Kassen getätigt werden sollen. Die Krankenüberwachung wird nach einheitlichen Grundsätzen geregelt. Schließlich sei noch die Errichtung von Heilanstalten, Genesungsheimen und Zahnkliniken in Aussicht genommen. Diesen Punkten soll sich nur noch der gemeinsame Austausch über wichtige Verwaltungsfragen zugesellen. Herr Fritzsche wies darauf hin, daß der in Krankenkassenkreisen gut bekannte 2. Vorsitzende der General-Kommissionen der deutschen Gewerkschaften, Bauer, die Leitung des neugeschaffenen Reichsarbeitsamtes übernommen habe. Es sei daher zu hoffen, daß die engen Schranken, die der Krankenversicherung bisher gezogen waren, mehr und mehr fallen würden und daß insbesondere alles getan würde, um die Kassen leistungsfähig zu erhalten. Auch sei es deshalb gerade für die kommende Zeit sehr nützlich, daß die Kassen der Amtshauptmannschaft Fühlung untereinander behalten. Herr Fritzsche bat schließlich die anwesenden Vorstandsmitglieder, sich mit Interesse an den Arbeiten des Verbandes zu beteiligen. Sodann wurde zur Wahl des geschäftsführenden Vorstandes geschritten. Gewählt wurde: Alfred Fritzsche, Aue, 1. Vorsitzender, Oskar Schiek, Schwarzenberg, 2. Vorsitzender, Hans Hochl, Eibenstock, Schriftführer, Paul Kuhnert, Lößnitz, Schriftführer, Gemeindevorstand Vogelsang, Oberschlema, Beisitzer, Oskar Weigelt, Beierfeld, Beisitzer, Woldemar Oeser, Lauter, Beisitzer und Ernst Bochmann, Neustädtel, Beisitzer. Zuletzt berichtete Herr Kuhnert über die bisher gepflogenen Verbandsverhandlungen mit den Vertretern der Kassenärzte.

Mehr Licht! In einer Zuschrift an uns wird die hiesige Postdirektion darauf aufmerksam gemacht, daß der Eingang zum Postamte nicht beleuchtet ist. Bei der jetzigen Glätte kann das sehr leicht dazu führen, daß ältere Leute, solche, die schlecht sehen und Kriegsverletzte die zum Eingang führenden Treppenstufen verfehlen und hinstürzen. Es wird deshalb um Beleuchtung gebeten. — Hoffentlich ist die Postdirektion in der Lage, diesem Wunsche recht bald zu entsprechen

Ungenügende Beleuchtung des Marktes beim Empfang der Truppen. Von zuständiger Seite erhalten wir folgendes Schreiben: Der Stadtverwaltung ist in einem Artikel über den Empfang der Truppen im gestrigen Auer Tageblatt der Vorwurf gemacht worden, daß der Marktplatz beim Empfang der Truppen nicht genügend beleuchtet war. Die Verwaltung des Gaswerkes erklärt hierzu, daß die Stadtverwaltung hierbei nicht die geringste Schuld trifft, da diese das Gaswerk mit der Beleuchtung der Bahnhof-Post und Schneebergerstraße, sowie des Marktplatzes beauftragt hat. Während die Instandsetzung der seit 2 Jahren nicht in Gebrauch gewesenen Lampen in den genannten Straßen mehr oder weniger Schwierigkeiten verursacht hat, stieß man bei dem Marktkandelabern auf große Hindernisse, deren Beseitigung nur durch Freilegen der Anschlüsse, durch Aufgrabung möglich war. Sowohl das eingetretene Frostwetter, als auch ganz besonders der Mangel an eingerichteten Arbeitskräften ließen jedoch die Ausführung dieser zeitraubenden Arbeiten nicht zu. Ganz besonders deswegen nicht, weil sonst Gefahr bestand, daß bei weiterer